

NACH DEM STRESSTEST: DIGITALER AUFBRUCH JETZT!

Infobrief

01/2021

Kommunale IT-Dienstleister: Wir digitalisieren Verwaltung	2
OZG: Hürden abbauen – erste Positivbeispiele geben Rückenwind	3
Bundes-Cloud: Digitale Souveränität durch Technologieoffenheit wahren	4
IT-Sicherheit: Kommunen besonders gefordert, CERT-Kooperationen wichtig	5
Fazit zur Legislatur: Wichtiges angesprochen – mehr Schwung aber unerlässlich	6

Deutschlands Verwaltung hat die Corona-Pandemie als Stresstest bestanden. Die kommunalen IT-Dienstleister spielten dabei eine wesentliche Rolle: Sie haben die Arbeitsfähigkeit der Behörden auch in Lock-Down-Zeiten umfassend unterstützt, digitales Lernen ermöglicht und in dieser sensiblen Phase Cyber-Sicherheit gewährleistet – mit dem Ende der Pandemie wenden wir uns mehr denn je wesentlichen Zukunftsthemen zu.

Unsere Leistungen an der Corona-Pandemie

Vitako vertritt mehr als 50 Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen in ganz Deutschland. Die Mitglieder sind in öffentlicher Hand und Teil der kommunalen Familie – ein einmaliges Konstrukt, das seine Leistungskraft insbesondere in der Corona-Pandemie beweisen konnte. Beispielhafte Kennzahlen für 2020:

200.000

zusätzliche Endgeräte für Schulen und Behörden bestellt

63.000

sichere VPN-Verbindungen zusätzlich installiert

25.000

Lizenzen für Video-konferenzen zusätzlich eingerichtet

Quellen: Vitako, ProVitako

Datenbasiertes Verwaltungshandeln

Deutschlands Kommunen verfügen – auch als Träger von Unternehmen wie Energieversorgern oder Verkehrsanbietern – über wachsende Datenschätze. Wem es gelingt, diese Daten zu verknüpfen und auszuwerten, kann echten Mehrwert schaffen: Mobilität lässt sich umweltfreundlicher organisieren, die Energiewende beschleunigen und eine soziale Stadtentwicklung zielgerichteter verfolgen.

Entsprechend betonen Bundesregierung und EU die Bedeutung datenbasierten Verwaltungshandelns, siehe die Leipzig-Charta der EU von Ende 2020 oder die Datenstrategie des Bundes von Januar 2021. Die Vitako-Mitglieder sind erste Ansprechpartner, um datenbasiertes Verwaltungshandeln Wirklichkeit werden zu lassen – zunehmend auch auf Basis von Green-IT-Strategien.

Digitale Souveränität

Datenbasiertes Verwaltungshandeln erfordert zugleich eine Vertrauenskultur. Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Behörden ihre Daten sicher verwalten. Digitale Souveränität ist dafür die Voraussetzung: Stammt die eingesetzte Software von ausländischen Großkonzernen mit erheblicher Marktmacht und Produkthoheit? Oder haben die Kommunen auch Alternativen? Vitako bringt sich intensiv ein, um den Kommunen unter anderem mit Open-Source-Lösungen zur digitalen Souveränität zu verhelfen.

Digitale Schule

Es ist bezeichnend, dass digitale Schulbildung zu den wesentlichen Zukunftsthemen zählt, anstatt längst Realität zu sein. Immerhin: Mit den Mitteln des „DigitalPakt Schule“ können Klassenzimmer und Lehrkörper endlich für das Internetzeitalter fit gemacht werden.

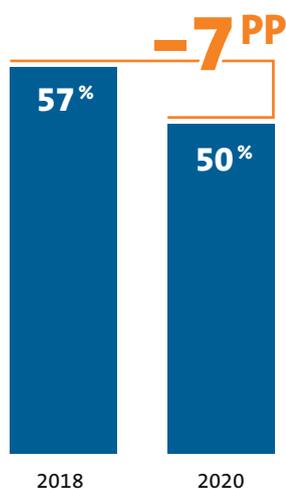
Der Handlungsbedarf erstreckt sich nicht nur auf Bereitstellung und Betreuung der Hardware. Bei diesen Aufgaben sind Vitako-Mitglieder vielerorts die natürlichen Partner und unterstützen die Kommunen mit ihrer Beschaffungsgenossenschaft ProVitako. Künftig werden sie noch stärker dazu beitragen, dass IT und (medien-)pädagogische Konzepte besser aufeinander abgestimmt sind – und so datenschutzkonforme Alternativen zu „Rundum-Sorglos-Paketen“ außereuropäischer Software-Konzerne bieten.

**KOMMUNALE
IT-DIENSTLEISTER:
WIR DIGITALISIEREN
VERWALTUNG**

Deutschlands Verwaltung wird digital! Von der Beantragung der Hundesteuer bis zur Gewerbeummeldung müssen die Kommunen bis Ende 2022 insgesamt 575 Kernleistungen online anbieten, so Ziel des Online-Zugangsgesetzes (OZG). Allerdings stockt die Umsetzung – es wird Zeit, endlich durchzustarten.

OZG umsetzen – und Zufriedenheit wieder steigern

Die OZG-Projekte haben das Potenzial, die Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der Verwaltungen deutlich zu steigern – das strahlt auch auf die Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie aus.



Quelle: BCG-Befragung 2021

Kern-Hindernisse jetzt angehen

Für mehr Tempo bei der Umsetzung sind zwei Themen von besonderer Bedeutung:

- › **Verwaltungsrecht modernisieren:** Bankkonten online eröffnen, Versicherungen über das Internet abschließen, millionenschwere Verträge mit der digitalen Unterschrift ratifizieren – all das ist heute selbstverständlich. Um so unverständlicher, dass das Verwaltungsrecht selbst für einfache Vorgänge wie die Verlängerung des Personalausweises das persönliche Erscheinen vor Ort erzwingt – Gesetzesänderungen sind dringend gefordert.
- › **Grenzen überwinden, Zusammenarbeit realisieren:** Auch um zwischen Kommunen, Bund und Ländern effizienter zusammenarbeiten zu können, haben Vitako-Mitglieder gemeinsam mit der Bundesdruckerei und mehreren Landes-IT-Dienstleistern die ebenenübergreifende Genossenschaft govdigital eG gegründet.

Trotz aller Schwierigkeiten ist das OZG verheißungsvoll, drei Beispiele:

- › **Geburtsurkunden:** In Bremen können Geburtsurkunden heute schon online beantragt werden, Termine im Krankenhaus oder der Weg zum Standesamt entfallen. Das Angebot soll deutschlandweit ausgerollt werden und demnächst um das automatische Beantragen von Elterngeld, Kindergeld und Kinderzuschlag ergänzt werden – das Leben von Eltern wird damit deutlich erleichtert.
- › **Infektionsschutz:** Auch wenn die Corona-Pandemie in Europa massiv abebbt, bestehen für Einreisende aus zahlreichen Weltregionen Quarantäne-Regelungen. Die Daten werden auf Bundesebene erfasst und können seit Ende Oktober 2020 von den baden-württembergischen Gesundheitsämtern medienbruchfrei verarbeitet werden. Vorteil: Die lokalen Ämter können deutlich schneller Kontakt zu den Personen herstellen.
- › **Digitales Schulzeugnis:** In diesem Sommer startet in Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz der Pilotbetrieb für digitale Zeugnisse. Dank Blockchain-Technologie lässt sich die Echtheit der PDF-Dateien zweifelsfrei feststellen – Abiturienten müssen sich Zeugniskopien nicht mehr beglaubigen lassen und Hochschulen nicht mehr Tausende Bewerbungen manuell überprüfen. govdigital und die Bundesdruckerei sind hier Projektpartner.

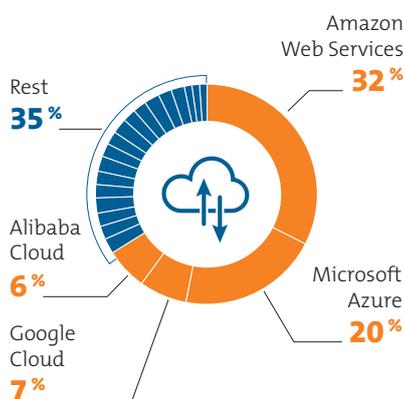


**OZG: HÜRDEN
ABBAUEN –
ERSTE POSITIV-
BEISPIELE GEBEN
RÜCKENWIND**

Die Bundesverwaltung soll in wenigen Jahren über eine Bundes-Cloud besser vernetzt sein. Dafür verhandelt der Bund unter anderem mit Microsoft über eine MS-Azure-Lösung. Damit aber das Cloud-Versprechen von mehr Effizienz, Flexibilität und Datensicherheit tatsächlich eingelöst werden kann, muss der Bund auf Technologieoffenheit setzen – außereuropäische Hyperscaler eignen sich nur bedingt als IT-Partner.

Cloudmarkt weltweit

Wenige Anbieter verfügen über eine erhebliche Marktmacht.



Quelle: Canals, Werte für das 4. Quartal 2020

Bestehende Abhängigkeiten nicht verstärken

Eine Analyse im Auftrag des Bundesinnenministeriums hat bereits 2019 bei Büro-Software, Arbeitsplatz- oder Server-Betriebssystemen eine „sehr hohe“ Abhängigkeit von Microsoft ermittelt, die durch die exklusive Nutzung einer Microsoft-Cloud zusätzlich vertieft würde. Die Risiken sind erheblich: Da Microsoft US-amerikanischen Sicherheitsgesetzen unterworfen ist, kann Washington das Unternehmen zur Herausgabe von Nutzerdaten zwingen – egal, wo sie gespeichert sind. Auch kann die amerikanische Regierung für einzelne Länder den Cloud-Zugang untersagen, wie 2019 gegenüber Venezuela bei Adobe-Produkten geschehen.

Microsoft-Anwendungen sammeln grundsätzlich auch auf Rechnern Daten zum Nutzerverhalten und senden bei Nutzung von eingebauten Cloud-Diensten personenbezogene Daten in die USA – ein Verstoß gegen die DSGVO. Der Europäische Gerichtshof hat mit seinem Schrems-II-Urteil solchen Übertragungen mit Verweis auf die amerikanischen Sicherheitsgesetze hohe Hürden auferlegt, die EU-Kommission hat Mitte Juni 2021 dazu neue Standardvertragsklauseln aufgenommen.

Alternativen stehen bereit

Klar ist: Jede Cloudnutzung muss der DSGVO gerecht werden. Zudem müssen mögliche Anbieter sicherstellen, dass Daten zwischen verschiedenen Clouds verschoben werden können. Diese Technologieoffenheit verschafft der öffentlichen Hand Unabhängigkeit, Wahlmöglichkeit und garantiert die Anbindung an Europas GAIA-X-Cloud. Entsprechende Angebote nehmen derzeit Fahrt auf. So haben der Bund und Bremen Mitte März eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen, um webbasierte Arbeitsplätze mit Open Source Software in Bundesbehörden zu erproben. Das Vitako-Mitglied Dataport entwickelt schon seit 2019 entsprechende Lösungen für alle Ebenen – mit Erfolg.

Klar ist: Der Staat muss äußerst sorgsam mit personenbezogenen Daten umgehen. Aus Sicht der digitalen Souveränität gibt es gute Gründe, Cloud-Dienste von Anbietern der öffentlichen Hand betreiben zu lassen. Und wo Cloud-Dienste eines Hyperscalers überzeugen, sollten sie technologieoffen ausgestaltet werden.

Open-Source-Bibliothek

Deutschland braucht einen virtuellen Ort für die öffentliche Hand, wo Open-Source-Lösungen gespeichert und weiterentwickelt werden. Auf Initiative der Open Source Business Alliance und Vitako haben das Bundesinnenministerium sowie die Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Anfang Mai dazu gemeinsam ein Projekt gestartet. Erste Ergebnisse sollen noch im Herbst vorliegen – maßgeblich unterstützt von Vitako.

**BUNDES-CLOUD:
DIGITALE SOUVE-
RÄNITÄT DURCH
TECHNOLOGIE-
OFFENHEIT WAHREN**

Cyberangriffe nehmen massiv zu: EU-Arzneimittelbehörde EMA, die MDax-Konzerne Symrise und Software AG, selbst der Vatikan sind in den vergangenen Monaten Opfer von Cyberattacken geworden – auch auf die Kommunen wächst der Druck.

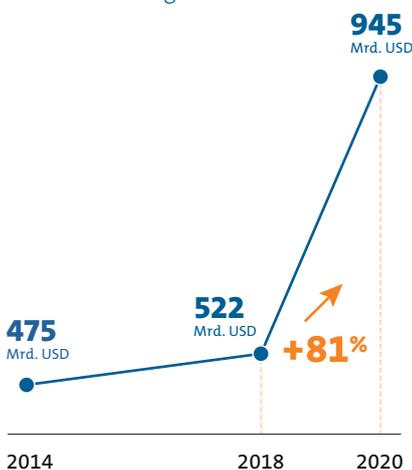
Kommunen verzeichnen jedes Jahr Hunderte IT-Sicherheitsvorfälle, ganze Behörden werden lahmgelegt. Insbesondere für kleinere Gebietskörperschaften ist das Thema schwierig: Sie können nur begrenzt in mehr Sicherheit investieren oder gar eigene Expertenteams beschäftigen. Was tun?

Technische Lösung nur eine Seite der Medaille

Schad-Software wird zunehmend über gefälschte E-Mails an Behördenmitarbeiter verbreitet. Als scheinbarer Absender wird beispielsweise der Vorgesetzte eingesetzt – und zwar täuschend echt. Die Kommunalen IT-Dienstleister bieten regelmäßig Schulungen an, um Mitarbeiter zu sensibilisieren.

Kosten durch Cyberattacken weltweit

Cyberattacken nehmen massiv zu. Auch die Gefährdungssituation von Kommunen steigt.



Quelle: Center for Strategic and International Studies (CSIS)

Geschützter Austausch wesentlicher Lösungsansatz

Wird dennoch ein Vorfall registriert, sollten andere Verwaltungen gewarnt werden. Den entsprechenden Rahmen bieten Computer Emergency Response Teams (CERTs), die in der Wirtschaft sowie auf Bundes- und Länderebene als wichtige Plattformen etabliert sind: In einem geschützten Rahmen tauschen sich Unternehmen und Institutionen über neueste Bedrohungsszenarien und Lösungsoptionen aus. CERTs bieten bei Sicherheitslücken konkrete Hilfe und punkten durch Schnelligkeit. Dabei ist Vertraulichkeit oberstes Gebot.

Als erstes kommunales CERT bietet das Vitako-Mitglied regio IT einen entsprechenden Verbund. Über 40 Kommunen kollaborieren auf Basis einer freiwilligen Selbstverpflichtung. Bei konkreter Bedrohung erhalten sie Unterstützung von den IT-Experten des KomCERT. Zudem besteht ein enger Austausch mit dem nordrhein-westfälischen Landes-CERT, dem CERT-Bund (BSI) und dem deutschen CERT-Verbund. Sicherheitsfragen können so ebenenübergreifend schnell und effektiv geteilt und gelöst werden.

Für Kommunen gelten – im Gegensatz zu Unternehmen und Institutionen der Kritischen Infrastruktur (KRITIS) – keine Meldepflichten bei IT-Sicherheitsvorfällen. Um so wichtiger ist eine Vertrauenskultur zwischen den IT-Sicherheitsexperten sowie das Bewusstsein für die Bedrohungslage, denn: Mehr IT-Sicherheit lässt sich nur gemeinsam erreichen. Vitako bringt sich ein, um die Kommunen für einen bundesweiten CERT-Austausch zu begeistern.



**IT-SICHERHEIT:
KOMMUNEN
BESONDERS
GEFORDERT, CERT-
KOOPERATIONEN
WICHTIG**

Die aktuelle Bundesregierung hatte sich laut Koalitionsvertrag Digitalisierung auf die Fahnen geschrieben. Das Thema hat durch die Corona-Pandemie zusätzlich an Bedeutung und Dynamik gewonnen. Wie sieht zum Ende der Legislatur ein Fazit aus?

Was die Kommunen benötigen

„In welchem Bereich erwarten Sie von der Politik am dringendsten Unterstützung, um die Digitalisierung der Kommunen voranzubringen?“

Finanzielle Hilfe

85%

Einheitliche Vorgaben und Standards

76%

Fachliche Beratung

43%

Gute Praxisbeispiele

30%

Vernetzung von Akteuren

22%

Quelle: Bitkom Research 2020

Herausgeber:

Vitako
Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e.V.
Charlottenstraße 65
10117 Berlin
www.vitako.de

Verantwortlich:

Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer

Redaktionsschluss:

14. Juni 2021

Agenturpartner:

Köster Kommunikation
GDE Kommunikation gestalten

Bildnachweise:

MT-R/shutterstock.com
GaudiLab/shutterstock.com

Ausgabe 01/2021

Seite 6

eID-Gesetz: Per Smartphone sicher identifizieren

Ab Herbst 2021 können Bürgerinnen und Bürger ihr hoheitliches Ausweisdokument direkt im Smartphone speichern und sich damit sicher ausweisen. Grundlage ist das Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät (Smart-eID-Gesetz), das im Mai 2021 vom Bundestag beschlossen wurde.

In einem zweiten Schritt kommt es nun darauf an, das Konzept der Self Sovereign Identity (SSI) europaweit voranzutreiben. Die Idee: Nutzerinnen und Nutzer können in einer Art digitaler Mappe Ausweise, Zeugnisse oder Impfpässe speichern und selber auswählen, welche Daten sie gegenüber Dritten freigeben. Die Bundesregierung will das Thema im Rahmen eines Konsortiums voranbringen – Vitako-Mitglieder engagieren sich dabei.

Registermodernisierungsgesetz: Once-Only-Prinzip endlich möglich

Die Kommunen speichern in Registern wie dem Melde- und GewerbeRegister seit jeher alle wesentlichen Daten. Das Registermodernisierungsgesetz vom April 2021 ermöglicht jetzt den reibungslosen und datenschutzkonformen Austausch. Damit ist der Weg grundsätzlich frei für das „Once-Only“-Prinzip: Bürgerinnen und Bürger müssen gespeicherte Angaben nicht für jeden einzelnen Antrag immer wieder aufs Neue vorlegen und Verwaltungen können Services wie die Verlängerung des Personalausweises „proaktiv“ anbieten.

Grundhaltung: Mehr Flexibilität ist möglich

Die Corona-Pandemie hat Flexibilität geradezu erzwungen. So erleichterte Bayern als erstes Bundesland die Online-Pkw-Zulassung deutlich, um angesichts der Corona-Pandemie Behördengänge zu minimieren – das Angebot hat sich bewährt und wurde von anderen Bundesländern übernommen. Diese Offenheit sollte beibehalten bleiben. Experimentierklauseln und Reallabore, in denen man bei überschaubarem Risiko Neues ausprobieren und lernen kann, weisen hierzu den Weg.

Finanzierung: Zugesagte Mittel dauerhaft bereitstellen

Der Bund hat erhebliche Beträge rund um Digitalisierungsprojekte zugesagt. So fließen allein 3,3 Milliarden Euro aus dem Corona-Konjunkturpaket in die Umsetzung von OZG-Projekten und der Registermodernisierung. Allerdings: Diese Mittel müssen bei den Kommunen tatsächlich ankommen. Zudem muss der Betrieb neuer Online-Services langfristig gefördert werden – die eigentlichen Kosten für Betrieb und Weiterentwicklung kommen in den Jahren nach 2022.

**FAZIT ZUR
LEGISLATUR:
WICHTIGES ANGE-
SCHOBEN – MEHR
SCHWUNG ABER
UNERLÄSSLICH**

VITAKO
INFOBRIEF